



„Geld, Banken und Staat“

Mechthild Schrooten
Juni 2015

Geld

- Funktionierendes Geld ist ein umfassendes Kommunikationsmittel (Luhmann)
- Es verbindet über nationalstaatliche Grenzen hinweg
- Geld erleichtert die Vermögensbildung
 - Aufbewahrungskosten
 - Bewertung
 - Liquidität

Geld in einer renditeorientierten Marktwirtschaft

- **Renditeorientierte** Marktwirtschaft setzt auf gesamtwirtschaftliches Wachstum und Umverteilung von unten nach oben
- Rendite wird in Geld gemessen
- → Renditen sind nominal und damit über Bewertungsmonopole zu beeinflussen

Banken in einer renditeorientierten Marktwirtschaft

- Blick zurück: Finanzmärkte können Wachstum und Renditen schaffen
 - (Diskussion und zahlreiche Papiere von King/Levine; IMF; etc.)
 - Einfaches ökonomisches Modell: Banken=Finanzintermediäre
 - Professionelle Finanzintermediäre
 - economies of scale
 - Dienen der Risikodiversifikation
 - Unterstützen bei der Auswahl von Investitionsprojekten
 - Betreiben Monitoring über Investitionsprojekte
 - Können durch intelligente Produkte selbst Renditen generieren
 - → mit professionellen Finanzintermediären sinken die Transaktionskosten und beschleunigt sich das Wachstum

Banken und Transaktionskosten

- Transaktionskosten sind relativ unsichtbare Kosten
- Entstehen durch Marktprozesse
- Entstehen bei Marktversagen

- → Grundlegende Argumentation: Entstehen durch Regulierung
- → Regulierung ist eine Bremse für das Wirtschaftswachstum

- → In den oben genannten Modellen kommt Geld nicht vor.

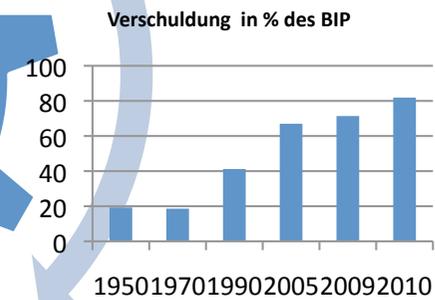
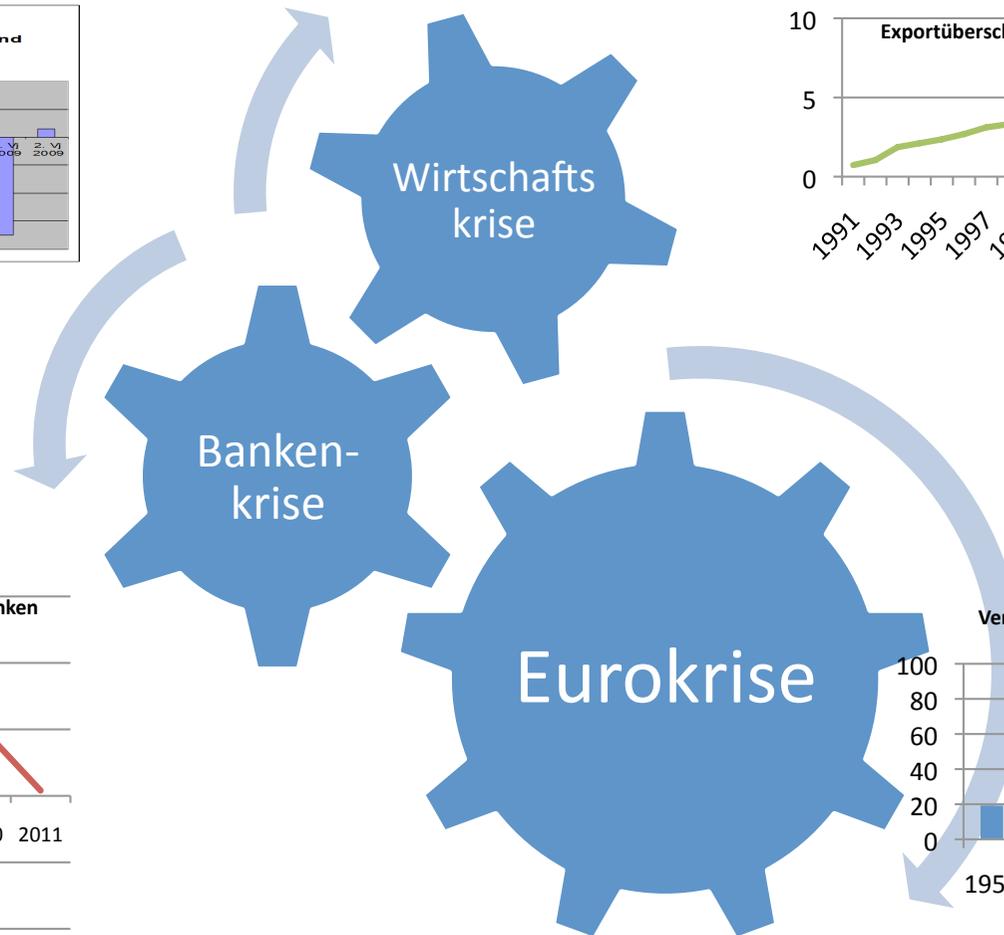
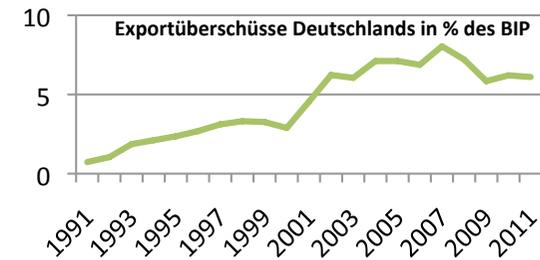
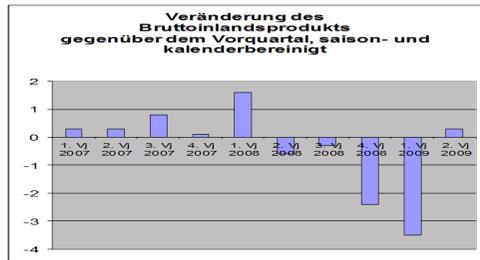
Staat

- Reguliert den Finanzsektor
 - Aufsicht
 - Zentralbank
 - Schuldner-Gläubiger-Beziehung
- Ist selbst ein wichtiger Nachfrager und zentraler Anbieter auf dem Finanzmarkt
- ➔ ZIELKONFLIKTE!!!!
- ➔ Aber Gestaltungshoheit

Kurze Zusammenfassung

- Geld ist ein universelles Kommunikationsmittel
- Finanzsektor soll das Funktionieren der renditeorientierten Marktwirtschaft erleichtern
- Staat soll regulieren
 - → Bestenfalls ansatzweise realwirtschaftliche Bezüge
 - → Interessenkonflikte
 - → Krisenpotential
 - Finanzkrisen sind immer Verteilungskrisen!

So viel Krise - schon so lange



So viel Krise

- Finanzkrise ist eine Umverteilungskrise
- Finanzkapital findet keine $r > g$ Anlagemöglichkeiten
- Artificielle Finanzprodukte werden geschaffen (Schattenbanken)
- Verschuldung wird entwertet
- Schuldner-Gläubiger-Beziehung wird neu definiert
- Staat hat eine interessante Doppelrolle

Krisenbewältigung durch Schuldenbremse? Deutschland

- Schuldenbremse
 - Bund ab 2016
 - Länder ab 2020
 - Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein erhalten Konsolidierungshilfen von insgesamt 800 Mill. Euro jährlich

„Die Neuregelung (Art. 109 und Art. 115 GG) gelten für Bund und Länder ab dem Jahr 2011. Im Rahmen einer Übergangsregelung (Art. 143d Abs. 1 GG) ist festgelegt, **dass für den Bund noch bis einschließlich 2015 und für die Länder bis einschließlich 2019 Abweichungen möglich sind.** Über Konsolidierungshilfen wird es den ärmeren Bundesländern **Bremen**, Berlin, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein möglich gemacht, die Vorgaben der Schuldenbegrenzung ab dem Jahr 2020 zu erfüllen. Weiterhin soll zur Überwachung der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern ein gemeinsamer Stabilitätsrat eingesetzt werden, der insbesondere der Vermeidung von Haushaltsnotlagen dienen soll (Art. 109a GG).“

Quelle: Bundesfinanzministerium/Hervorhebung Schrooten.

Europäische Schuldenbremse heißt Fiskalpakt

- → Dezember 2011: Schuldenbremse wird zum Exportprodukt
- → Schaffung einer „fiskalischen Stabilitätsunion“
- → konkrete Ausgestaltung variiert
- → jedoch gemeinsam:
- **Eckpfeiler:**
- → 0,5% konjunkturell bereinigtes Defizit des konsolidierten Haushalt
- → Schuldenstand auf 60% des Bruttoinlandsprodukts begrenzen
 - → Fiskalpakt ist kein einfacher Export der im deutschen Grundgesetz verankerten Schuldenbremse
- → aktuell 23 Mitgliedsländer der EU im Defizitverfahren
- → Schuldenstand in Deutschland ca. 82% des Bruttoinlandsprodukts
- → Anpassungen notwendig
 - → Fiskalpakt ist kein einfacher Export der im deutschen Grundgesetz verankerten Schuldenbremse

Schuldenstand in % des BIP	2008	2009	2010	2011
Belgien	89,2	95,7	95,5	97,8
Deutschland	66,8	74,5	82,5	80,5
Griechenland	112,9	129,7	148,3	170,6
Spanien	40,2	53,9	61,5	69,3
Frankreich	68,2	79,2	82,3	86
Irland	44,5	64,9	92,2	106,4
Italien	106,1	116,4	119,2	120,7
Zypern	48,9	58,5	61,3	71,1
Luxemburg	14,4	15,3	19,2	18,3
Malta	62	67,6	68,3	70,9
Niederlande	58,5	60,8	63,1	65,5
Österreich	63,8	69,2	72	72,4
Portugal	71,7	83,2	93,5	108,1
Slowenien	22	35	38,6	46,9
Slowakei	27,9	35,6	41	43,3
Finnland	33,9	43,5	48,6	49
Estland	4,5	7,2	6,7	6,1

Quelle: Destatis.

Eurozone	70,2	80	85,4	87,3
-----------------	-------------	-----------	-------------	-------------

Land	tatsächliches Renteneintrittsalter 2008	Ges. Rentenalter 2009(Männer/ Frauen)	Ges. Rentenalter ab 2020 (Männer/Frauen)
Belgien	61,6 ¹⁾	65	–
Deutschland	62,3 ²⁾	65	65,9 ⁷⁾
Finnland	61,6 ¹⁾	65 ⁶⁾	–
Frankreich	59,3	60	62 geplant
Griechenland	61,4	65/60 ³⁾	65/65
Irland	64,1	65	68
Italien	60,8	65/60	65/65 geplant
Luxemburg	59,4	65	–
Malta	59,8	61/60	65/65
Niederlande	63,2	65	67 geplant
Österreich	60,9 ¹⁾	65/60	65/65
Portugal	62,6 ¹⁾	65	–
Schweden	63,8	64	
Slowenien	59,8 ⁴⁾	63/61	65/65 geplant
Slowakei	58,7 ¹⁾	62/59	62/62
Spanien	62,6	65	67 geplant
Zypern	63,5 ¹⁾	65	–

Quelle: Eurostat.



Fazit und Ausblick

- ➔ soziale Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise wurden nicht angegangen
- ➔ Finanzkrise des Bankensektors zieht eine Finanzierungskrise der öffentlichen Haushalte nach sich
- ➔ Krisen sind immer Verteilungskrisen
- ➔ Unmut wächst, aber Systemkrise ist nicht in Sicht
- ➔ Eurokrise ist eine Krise Europas aber nicht der Währung!!!

**VIELEN DANK FÜR IHRE
AUFMERKSAMKEIT**

Mechthild Schrooten